

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Cöplienstraße 10 I, Stuttgart.

Inserate
pro Spaltlänge 20 Pf.,
für Werbungsangehörige 10 Pf.,
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 44

Stuttgart, den 31. Oktober 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

1. In Hamburg und Altona wird vorläufig Arbeitslosenunterstützung nicht mehr verabsolgt. Zugang nach dort ist fernzuhalten!

2. Die Mitglieder werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei Abreise die Abmeldung bei der Stelle geschehen muß, wohin die Beiträge entrichtet wurden; die erfolgte Abmeldung ist im Mitgliedsbuch unter Beidruck des Stempels in der Rubrik Bemerkungen zu besichtigen. Ohne diesen Nachweis der erfolgten Abmeldung kann eine Anmeldung in einem anderen Orte nicht angenommen werden. Etwaige Beitragsreste sind vor der Abmeldung zu begleichen.

Ins Ausland reisende Mitglieder haben außer der Abmeldung bei der Zahlstelle sich noch beim Verbandsvorstand abzumelden unter Abgabe des Mitgliedsbuchs. Die Abmeldung kann nur als erfolgt akzeptiert werden, wenn die betreffenden Mitglieder mit ihren Beiträgen bis zum Tage der Abmeldung auf dem Laufenden sind. Bei der Rückkehr vom Ausland müssen sie sich sofort wieder anmelden.

3. Die durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder wegen militärischen Leistungen vom Beitrag befreiten Mitglieder müssen den Grund der Befreiung von der Beitragspflicht im Mitgliedsbuch sich eintragen lassen und sind die mit Quittungsmarken dann nicht zu belastenden Felder mit dem kleinen Stempel zu bedrucken. Auf der Reise befindliche Mitglieder haben letzteres am Ende jeder Woche von der Zahlstelle vornehmen zu lassen, die sie in der genannten Zeit berühren. Jedes Mitglied muß durch sein Mitgliedsbuch jederzeit nachweisen können, wann es Beiträge geleistet und wann es am Orte oder auf der Reise von der Beitragspflicht befreit war.

4. Arbeitslos werdenden Mitgliedern, welche mit der Beitragsleistung noch im Rückstand sind, dürfen Legitimationen zum Bezug von Unterstützung nicht verabsolgt werden.

Nachzahlung restierter Beiträge zu dem Zwecke, Unterstützung bekommen zu können, ist nur gestattet, wenn nicht mehr als sechs Wochenbeiträge im Rückstand sind.

5. Mitglieder ausländischer, mit uns im Gegenseitigkeitsverhältnis stehender Verbände haben nur Anspruch auf Reiseunterstützung, wenn sie sich durch eine rote Karte legitimieren, die von ihrem Zentralvorstand ausgestellt ist. Dieselben können bei einem längeren als dreitägigen Aufenthalt nur für 3 Tage Unterstützung erhalten. Arbeitslosenunterstützung am Ort steht ihnen nicht zu.

6. Nachstehende Mitgliedsbücher werden, weil den betreffenden Inhabern abhanden gekommen, für ungültig erklärt. Dieselben sind bei eventuellem Vorzeigen einzuziehen und an Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 27 141, ausgestellt für Wilh. Ehrmann,
Nr. 29 697, " " Max Franke,
Nr. 37 186, " " Fritz Böbel.

7. Ausgeschlossen nach § 14b des Statuts wurden: in Berlin der Buchbinder Friedrich Fetting aus Schwerin, Buchnummer 16964; in Hamburg der Buchbinder G. Heineck aus Hamburg, Buchnummer 31 941.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Lohnbewegungen.

Der Streik der Kartonnagearbeiter und Arbeiterinnen in Hannover ist durch Vergleich beendet. Der Verbandsvorsitzende der Steindruck- und Lithographen griff bei Leunis & Chapman vermittelnd ein, da dort als Folge des Kartonnagearbeiterstreiks eventuell auch die Steindruck- und Lithographen in den Ausstand treten wollten. Die Bedingungen, unter denen eine Einigung vornehmlich mit der Firma Leunis & Chapman zustande gekommen ist, sind in Lohnhöhe usw. die gleichen, wie die für Buchbinder und Kontobucharbeiter bereits getroffenen. Der Streik hat also keinen wesentlichen positiven Erfolg gehabt. Der Tarif ist auf drei Jahre, bis zum 1. Oktober 1906, abgeschlossen. Die ausständigen Arbeiter werden sämtlich wieder eingestellt, soweit sie sich zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet haben. Soweit die Arbeitswilligen Plätze der Streikenden eingenommen haben, werden erstere sämtlich gekündigt beziehungsweise entlassen, jedoch sollen wir laut Abmachung etwaige Ansprüche derselben befriedigen. Eine neue Art Vergleich, die recht sonderbar erscheint. Maßregelungen finden nicht statt und etwaige Streitigkeiten werden durch das Gewerbeamt als Einigungsamt entschieden, dessen Urteilspruch sich beide Teile bedingungslos zu fügen haben.

In Düsseldorf ist die Lohnbewegung ziemlich resultatlos verlaufen. Zum eigentlichen Ausstand kam es nicht. Nur in einigen Geschäften wurde vorgegangen und auch dort kündigte nur ein Bruchteil der daselbst Beschäftigten, so daß auf Anraten der Lohnkommission die Kündigungen wieder zurückgezogen wurden. Jedoch die Fabrikanten nahmen diese Zurückziehung der Kündigung vielfach nicht an, und so sind 14 Arbeiter und 1 Arbeiterin beschäftigungslos. Der Gewerbeinspektor vermittelte zu wirken, dem die Fabrikanten auch Versprechungen machten, die sie aber hinterher nicht hielten. Trotzdem sollen einige Lohnerhöhungen und die Zuficherung der Einführung einer 9stündigen Arbeitszeit erfolgt sein. Der Staufabrikant Pfannkuchen entließ zwei Arbeiter und beledigte einen derselben gräßlich, der ihn deshalb wegen Beledigung verklagt hat.

In Frankfurt a. M. bei Dr. Krügener steht der Ausstand ebenfalls sehr ungünstig. Es haben sich Arbeitswillige genug gefunden, namentlich Kleinmeister, die außer dem Hause die Arbeit für Dr. Krügener herstellen, unter diesen soll sich in hervorragendem Maße ein ehemaliger Vertrauensmann des Portefeuillevorbandes beteiligen. Die ausständigen Schreiner haben diverse Strafmandate wegen Streikpostenstehens erhalten.

Über die Bewegung in Hamburg-Altona wird unter Korrespondenzen berichtet.

Die Streiks im Jahre 1902.

Im Korrespondenzblatt berichtet K. Legien über Streiks und Aussperrungen im Jahre 1902. Die gewerkschaftliche Streikstatistik weist danach für das Jahr 1902 insgesamt 861 Streiks und Aussperrungen mit 55 713 Beteiligten aus. Nach der amtlichen Statistik wurden in dem Jahre 1084 Streiks begonnen, von denen 1060 beendet sind. Nur über die letzteren werden in der amtlichen Statistik nähere Angaben gemacht und waren nach diesen an den Streiks 53 912 Personen unmittelbar beteiligt. Ferner wird in der amtlichen Statistik über 51 Aussperrungen mit 10 305 Beteiligten und 29 Maiaussperrungen berichtet, von denen 4873 Personen betroffen wurden. Ingesamt berichtet die amtliche Statistik über 1140 wirtschaftliche Kämpfe mit 69 090 Beteiligten, also über 279 Kämpfe und 13 377 Beteiligte mehr als die gewerkschaftliche Statistik. Die Differenz in den Angaben der amtlichen und gewerkschaftlichen Streikstatistik ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß die amtliche Statistik Streiks ausführt von Gewerkschaften, die nicht der Generalkommission angeschlossen sind. Es haben 861 Streiks mit 55 713 Beteiligten, 322 1/2 Wochen Gesamtdauer und einer Ausgabe von 2 237 504 Mk. stattgefunden. Gegenüber dem Jahre 1901 vermehrten sich die Streiks um 66, die Zahl der Beteiligten um 6747, während die Ausgabe um 278 384 Mk. geringer war als im Jahre 1901. (Für das Jahr 1901 sind für diesen Vergleich auch die 68 Streiks mit 444 Beteiligten, die nicht in den Tabellen ausgewiesen wurden, weil nähere Angaben fehlten, hinzugerechnet worden.) Von den Streikenden waren 3428 Frauen. Genaue Angaben über den Ausgang sind für 802 Streiks gemacht, und zwar waren davon 350 = 43,6 Prozent erfolgreich, 156 = 19,5 Prozent teilweise erfolgreich und 296 = 36,9 Prozent erfolglos. Für 15 Streiks war der Ausgang unbekannt, während 2 Streiks endeten, weil der Unternehmer den Betrieb ausgab, und 12 Aussperrungen auf Zeit erfolgten, ein Erfolg oder Mißerfolg hierbei also nicht zu verzeichnen ist.

Auf die einzelnen Industriegruppen und Gewerbe entfielen von den Streiks und der Zahl der Beteiligten:

	Streiks	Beteiligte
Baugewerbe	347	29 692
Metallindustrie und Schiffbau	137	10 023
Graphische Gewerbe und Papierindustrie	23	422
Holzindustrie	173	3 712
Textilindustrie	55	2 399
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	44	733
Auf verschiedene Gewerbe	85	5 304

Die Buchbinder sind mit 4 Streiks und 37 beteiligten Personen verzeichnet.

Angriffstreiks sind 289 = 33,6 Prozent aller Streiks (1901: 291 = 40 Prozent) geführt und waren daran 32 659 Personen, darunter 2468 Frauen beteiligt. Diese Streiks dauerten zusammen 1212 Wochen und erforderten eine Ausgabe von 1 136 343 Mark. Erfolgreich waren 117 = 42,4 Prozent, teilweise erfolgreich 71 = 25,7 Prozent und erfolglos 88 = 31,9 Prozent. Abwehrstreiks waren zu verzeichnen 572 = 66,4 Prozent aller Streiks (1901: 436 = 60 Prozent) mit 23 054 Beteiligten, darunter 960 Frauen, 2012 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1 084 661 Mk. Von diesen Streiks waren 233 = 44,3 Prozent erfolgreich, 85 = 16,2 Prozent teilweise erfolgreich und 208 =

39,5 Prozent erfolglos. In zwei Fällen endete der Streik mit Betriebsaufgabe, 12 Aussperrungen erfolgten auf Zeit und 16 Streiks waren am 1. Januar 1903 noch nicht beendet.

Vom Jahre 1900 ab ist versucht worden, die Statistik auch darauf auszudehnen, welchen Ausfall an Arbeitszeit und welchen Verlust an Verdienst die Streikenden hatten, doch sind die Angaben nicht vollständig und somit die Zahlen nicht zuverlässig. Es waren zu verzeichnen:

1900:	852	Streiks mit	115 711	Beteiligten
1901:	727	"	48 522	"
1902:	861	"	55 713	"

2440 Streiks mit 219 946 Beteiligten.

Davon ist der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgesetzt:

Jahr	Für Streiks	Mit Beteiligten	Nach Arbeitszeit Tagen	Verlust an Arbeitsverdienst Mt.
1900	608	62 273	1 223 702	4 372 850
1901	604	38 913	1 194 553	3 997 082
1902	749	48 158	964 317	3 759 350
1961	149 339	3 382 572	12 129 282	

Daß die Streiks nicht in jugendlicher Leichtfertigkeit ohne jede Verantwortung geführt werden, beweist folgende Zusammenstellung. Von den 55 713 an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten waren nur 3729 männliche und 577 weibliche unter 21 Jahren alt. Dagegen waren 26 019 männliche und 2199 weibliche Streikende verheiratet, die insgesamt 48 962 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Diese Leute werden sich hüten, unerfüllbare Forderungen zu stellen und ihre Familie der Not preiszugeben, der sie bei Streiks ausgesetzt sind, trotz der, nur zu oft sehr geringen, Streikunterstützung. Es ist daher nichts anderes als eine Mißachtung der Arbeiter, wenn die Gegner der Arbeiterbewegung davon reden, daß die Arbeiterschaft leichtsinnig Streiks inszeniere.

Charakteristisch für deutsche Verhältnisse ist es auch, daß die meisten Streiks im Jahre 1902 ebenso, wie 1901, geführt werden mußten, um eine Lohnreduzierung abzuwehren, und noch charakteristischer der Umstand, daß 47,3 Prozent dieser Streiks mit vollem Erfolge endeten. Das heißt nichts anderes, als daß die Unternehmer versuchten, den Profitausfall auf Kosten der Arbeiter zu decken, in der Hälfte der Fälle aber davon absehen mußten, weil die Arbeiter Widerstand leisteten. 1902 wurden zur Abwehr von Lohnreduzierungen 277 Streiks mit 7676 Beteiligten, 1901 213 solcher Streiks mit 8533 Beteiligten geführt.

Ursachen des Streiks bildeten bei den Angriffstreiks:

In Fällen	Mit Beteiligten	Ursachen
1	6	eine Verkürzung der Arbeitszeit,
185	17 899	eine Lohnerhöhung,
60	13 587	eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn- erhöhung,
5	127	die Beseitigung mißliebiger Personen,
38	1 040	verschiedene Forderungen und Ursachen.

Die Abwehrstreiks waren verursacht:

In Fällen	Mit Beteiligten	Ursachen
56	6791	wegen Aussperrungen,
4	135	wegen Austrittverlangens aus der Organi- sation,
79	2283	wegen Maßregelung,
46	1821	wegen Nichtinhaltung der allgemein üb- lichen Arbeitsbedingungen.
277	7676	wegen Lohnreduzierung,
22	937	wegen Verkürzung der Arbeitszeit,
8	140	wegen Einführung einer Fabrikordnung,
10	1722	wegen schlechter Behandlung der Arbeiter,
70	3 773	wegen verschiedener Ursachen.

Von den gesamten Streiks wurden 4244 Betriebe mit 63 217 männlichen und 6164 weiblichen Arbeitern betroffen. Die Arbeiterzahl bezieht sich für die Betriebe, in welchen Arbeiter verschiedener Berufe beschäftigt sind, nur auf die Betriebsabteilungen, in welchen gestreikt wurde. Von den Streikenden gehörten bei Beginn der Streiks 41 199 männliche und 2043 weibliche der Organisation an, doch waren nur 23 415 männliche und 1051 weibliche bereits länger als 6 Monate vor Beginn des Streiks organisiert. Von den Streiks fanden nur 59 nicht die Zustimmung der Zentralverwaltung des Verbandes.

Die Streiks wurden in 175 Fällen durch einen Vergleich der direkt Beteiligten, durch Vermittlung

der lokalen Verwaltung der Organisation in 184, des Zentralvorstandes in 86, des Gewerbegerichts in 34 und anderer Personen in 24 Fällen beendet.

Von den Streiks waren 778 mit 16 871 Beteiligten Einzelstreiks, die sich nur auf einen Betrieb erstreckten. Nur 83 Streiks wurden geführt, bei denen es sich um ein gleichzeitiges Vorgehen der Arbeiter mehrerer Betriebe handelte, jedoch entfallen auf diese gemeinsam geführten Streiks von der Gesamtzahl der Beteiligten von 55 713 allein 38 842.

Von den gesamten Kosten der Streiks, die 2 237 504 Mt. betragen, kamen allein 2 041 181 Mt. aus den Mitteln der an den Streiks beteiligten Organisationen. 114 906 Mt. wurden durch freiwillige Beiträge gebracht, 53 593 Mt. waren Beiträge anderer Gewerkschaften, 25 578 Mt. kamen aus allgemeinen Sammlungen und 2246 Mt. aus dem Auslande. Die Art der Aufbringung der Mittel gibt gewissermaßen einen Einblick darin, in welchem Maße die Finanzkraft der Gewerkschaften im Laufe der Jahre erstarbt ist. Deswegen sei in der folgenden Tabelle nachgewiesen, wie sich in den Jahren, auf welche sich die Statistik erstreckt, die Aufbringung der Mittel gestaltete.

Jahr	Gesamt- kosten der Streiks Mt.	Davon kamen		
		aus der Kasse der im Streit befindlichen Organisationen Mt.	Prozent der Ge- samt- ausgabe	aus dem Aus- lande Mt.
1890/91	2 094 922	1 215 025	58,0	126 125
1892	84 638	29 271	34,0	4 610
1893	172 001	64 123	37,0	3 133
1894	354 247	85 341	24,0	2 464
1895	424 231	204 970	48,0	2 994
1896	3 042 950	724 603	24,0	84 648
1897	1 257 298	775 361	62,0	1 949
1898	1 345 302	1 051 074	78,0	3 132
1899	2 627 119	2 016 157	77,0	7 079
1900	2 936 030	2 487 853	84,4	5 800
1901	2 515 888	1 734 491	68,9	103 306
1902	2 237 504	2 041 181	91,2	2 246
Summa	19 092 180	12 429 450	65,1	347 486

Das Jahr 1902 brachte den Gewerkschaften gleichfalls nur bei der Hälfte der geführten Kämpfe vollen Erfolg. Berücksichtigt man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden mußten und doch bei diesen die Unternehmer in den meisten Fällen sich in günstigerer Kampfsposition befinden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen uns aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeiterschaft sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Ansammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen.

Konferenz der Vorstände der Zentralverbände.

Der vierte Gewerkschaftskongress stimmte ohne Debatte einem Vorschlage des Vorsitzenden zu, nach welchem die Generalkommission erwägen solle, „ob es nicht zweckmäßig ist, jedes Jahr einmal den Zentralvorständen Gelegenheit zu geben, zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzutreten, um die verschiedenen auftauchenden Fragen zu erledigen“.

Die Generalkommission folgte diesem Vorschlage und berief die erste derartige Konferenz nach Berlin für den 12. und 13. Oktober. An der Konferenz nahm dem Vorschlage der Generalkommission gemäß je ein Vertreter des Vorstandes jedes Zentralverbandes teil. Mit Ausnahme des Verbandes der Buchdrucker Elsaß-Lothringens, der Zivilmüller und der Dachdecker waren sämtliche Zentralvorstände — fast ausschließlich durch den Vorsitzenden des Verbandes — vertreten.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Frage, welche Organisation die Streikunterstützung für diejenigen Arbeiter zahlen solle, die nur in geringer Zahl in einem Betriebe beschäftigt sind und durch Beschluß der für den Betrieb maßgeben-

den Organisation mit zur Arbeitseinstellung veranlaßt werden. Es wurde folgender Beschluß bezüglich gefaßt:

„Für die Genehmigung, Inszenierung und Leitung eines Streiks kommt, sofern nicht Weiterungen für andere Organisationen daraus entstehen, nur die für das betreffende Gewerbe bestehende Berufsorganisation in Betracht, und hat diese auch die Unterstützung der Streitenden, mit Ausnahme der Mitglieder anderer Organisationen, zu übernehmen. Letztere erhalten ihre Unterstützung von demjenigen Verbands, dem sie als Mitglied angehören.“

Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe, zum Beispiel Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht.

An etwaigen Streiks in solchen Betrieben haben sich die sogenannten betriebsfremden Arbeiter (zum Beispiel Maurer in einem Eisenwerk) nur dann zu beteiligen, wenn zwischen den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Organisationen ein gemeinsamer Streit vereinbart ist. Auch in diesen Fällen unterstützt jede Organisation ihre eigenen Mitglieder. Letzteres soll auch der Fall sein, wenn die Mitglieder einer Organisation durch den Streik einer anderen Organisation in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Bei Erörterung dieser Frage kam auch der Übertritt von Mitgliedern aus einer Organisation in die andere bei eintretendem Berufswechsel zur Sprache. Da nach dieser Richtung hin ein Beschluß des dritten Gewerkschaftskongresses vorliegt, so konnte es sich für die Konferenz nur darum handeln, dem nächsten Gewerkschaftskongress Anregung für eine Änderung dieses Beschlusses zu geben. Letzterer, von dem Gewerkschaftskongress von 1899 angenommen, lautet:

„Scheidet das Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation aus seinem Berufe aus, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Von der Organisation des neuen Berufs darf kein Zwang auf ein solches Mitglied ausgeübt werden, daß es sich dieser Organisation anschließen soll. Dagegen hat jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sich bei Kämpfen zwecks Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Beschlüssen derjenigen Organisation, in deren Beruf es arbeitet, unterzuordnen.“

Es lagen der Konferenz Vorschläge vor, nach welchen die Mitglieder bei Berufswechsel der Organisation ihres neuen Berufs beitreten sollen, es sei denn, ihre Beschäftigung im neuen Berufe gilt nur als eine vorübergehende. Ferner wurden noch Bestimmungen bezüglich des Übertritts aus einer Organisation in die andere in Vorschlag gebracht. Nach eingehender Diskussion, in welcher auch die Abgrenzung der Agitationsgebiete für die einzelnen Organisationen eine große Rolle spielte, lehnte die Konferenz alle nach dieser Richtung gemachten Vorschläge ab, weil sich eine allgemeine Regelung dieser Fragen kaum herbeiführen läßt und bis auf weiteres den einzelnen Organisationen untereinander die Regelung vorbehalten bleiben muß.

Sodann erörterte die Konferenz allgemein die bei Streiks und Aussperrungen anzuwendende Taktik und empfahl, daß bei Kämpfen, die sich voraussichtlich auf Berufe erstrecken würden, die bei Beginn des Kampfes nicht unmittelbar beteiligt sind, eine vorherige Verständigung mit den Organisationen dieser Berufe herbeigeführt werden soll.

Gewerkschaftliche und amtliche Statistik lautete der zweite Punkt der Tagesordnung der Konferenz. Es wurde hierbei vereinbart, daß Materialien über die Gewerkschaften im allgemeinen nur durch Vermittlung der Generalkommission an die Behörden gelangen soll, welche solches Material wünschen.

Dann wurde die Generalkommission beauftragt, dahin zu wirken, daß die amtliche Streikstatistik so gestaltet wird, daß den Gewerkschaften die Mitarbeit an dieser Statistik ermöglicht ist, das heißt es soll bei der Regierung beantragt werden, die Fragen kriminalrechtlicher Natur in der amtlichen Statistik fortlassen zu lassen. Wenn dieses Verlangen erfüllt wird, so könnte die gewerkschaftliche Statistik wesentlich vereinfacht werden.

Die letztere soll aber, ohne Rücksicht darauf, ob dem Wunsche der Gewerkschaften seitens der maßgebenden Stellen Folge gegeben wird, insofern eine

Erweiterung erfahren, daß nicht nur über die Streiks, sondern auch über die Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung finden, alljährlich berichtet wird.

Die für die gewerkschaftliche Streit- und Gewerkschaftsstatistik verwandten Materialien wurden einer kritischen Besprechung unterzogen und Anregungen für Verbesserungen und Vereinfachung gegeben.

Der Internationalen Vereinbarung, welche die Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre im Juli 1903 in Dublin getroffen hatte, wurde die Zustimmung gegeben. Einem Mißstande, der auf internationalem Gebiet insofern besteht, daß den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften bei Auswanderung nach Amerika, Australien und England der Eintritt in die Organisationen dieser Länder sehr erschwert wird, soll dadurch abgeholfen werden, daß alle Verbände die Bruderorganisationen in den genannten Ländern zum Abschluß von Kartellverträgen betreffend Übertritts der Mitglieder veranlassen.

Bezüglich der Maifer wurde von der Konferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben, die entscheidende Stelle (der internationale Arbeiterkongreß) möge dafür sorgen, daß die Feier in allen Ländern einheitlich werde, damit nicht den Arbeitern des einen Landes Kosten auferlegt werden, die sich aus der Durchführung des Beschlusses von 1889 ergeben, während andere Länder sich diesem Beschlusse gegenüber passiv verhalten. Läßt sich diese Einheitlichkeit nicht herbeiführen, so müsse der Beschluß von 1889 abgeändert oder aufgehoben werden.

Der Heimarbeiterschutzbund soll, so beschloß die Konferenz, Anfang Februar 1904 stattfinden. Als Tagesordnung wurde in Aussicht genommen: 1. Die soziale Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen und die Notwendigkeit ihres gesetzlichen Schutzes. 2. Die gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie für das konsumierende Publikum. Es soll ferner darauf hingewirkt werden, daß seitens der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag in der nächsten Session ein Heimarbeiterschutzbundgesetzentwurf eingebracht wird. Der Kongreß soll in Berlin stattfinden, um den Reichstagsabgeordneten und den Regierungsvertretern Gelegenheit zu geben, die Wünsche der Heimarbeiter unmittelbar kennen zu lernen.

Die Konferenz nahm sodann noch einige aus dem Kreise der Teilnehmer gegebene Anregungen entgegen, bezüglich der von den Korrespondenzbüros versandten Literaturbeiträge, der Unterstützung der Textilarbeiter in Crimmitschau, Einrichtung eines gemeinsamen Übersetzungsbüros usw. Der Vorsitzende der Konferenz konnte am Schluß der Verhandlungen konstatieren, daß in der Konferenz ein geschlossenes Zusammenwirken der Zentralverbände zutage getreten sei, das erwarten läßt, es würden auch die noch schwebenden und durch Beschlüsse nicht zu beseitigenden Differenzpunkte aus dem Gewerkschaftsleben Deutschlands bald völlig verschwinden. („Korrespondenzblatt.“)

Zur Essener Resolution betreffend Anstellung eines besoldeten Gauleiters.

Die neueste Essener Resolution wird ebenso wie die erste Resolution, welche bekanntlich eine Verschmelzung der Zentralkrankenkasse mit dem Verbande erstrebte, das Interesse der Verbandskollegen erwecken. Und die Diskussion wird hierüber, wenn in den einzelnen Zahlstellen über Agitationsverhältnisse in den Gauen gesprochen wird, eine ebenso lebhaft werden. Die Begründung, welche die Kollegen auf der Konferenz in Mülheim-Ruhr zur Anstellung eines besoldeten Gauleiters gegeben haben, berührt Verhältnisse, die wohl so ziemlich auf alle siebzehn Gauen in unserem Verbandsgebiete zutreffen. Hier ist nun die Frage zu stellen: Kann der nächste Verbandstag seine Zustimmung dazu geben, daß in einem einzigen Gau die Anstellung eines Gauleiters erfolgen soll? Können die Kollegen in allen den anderen Gauen nicht dasselbe Recht in Anspruch nehmen, damit in ihrem Gau ebenfalls die Agitation mehr wie bisher gefördert wird? Ich glaube diese Frage bejahen zu können. Ich will aber gleich vornweg bemerken, daß mich nicht etwa Neid dazu treibt, mich dagegen zu wenden, daß Rheinland-Westfalen einen besoldeten Gauleiter bekommen soll.

In allererster Linie beansprucht schon die weitere Ausdehnung und die Einführung unseres Tarifs, daß durch die Gauvorstände die Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder lebhaft betrieben werden muß.

Aber auch darum, weil die Agitation zur Lebensfähigkeit einer Gewerkschaft gehört und eines ihrer wichtigsten Aufgaben ist, wird auch der Zentralvorstand auf dem nächsten Verbandstag mit Vorschlägen kommen müssen, die bezwecken, mehr wie bisher die Agitation für unseren Verband zu fördern. Betrachten wir die Mitgliederzahl in unserem Verbandslande und deren stetige Zunahme bis auf die heutige Zeit, so können wir wohl stolz auf diese Erfolge sein, aber im Verhältnis zu den Nichtorganisierten ist diese Zahl immerhin wieder eine geringe. Eine ganze Anzahl Mitgliedschaften unseres Verbandes konnte nicht aktionsfähig bleiben, weil die vielen unorganisierten Kollegen am Orte der Zahlstelle fernblieben. Woran liegt das? Daran, weil sich den Kollegen in den kleinen Städten die Möglichkeit der Organisation in seltenen Fällen offenbart. Diese Kollegen sind sehr schwer zum Eintritt in die Organisation zu bewegen, denn sie sind mit dem Lohne, den sie in den kleinen Städten erhalten, zufrieden. Sie bilden aber bei Streiks in den Großstädten den Zugang nach dorthin. Dort wint ihnen ein höherer Lohn, der ihnen recht auskömmlich erscheint; daran, daß die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten teurer sind als in kleinen Städten, denken sie weniger. Aber darin liegt ja eben der Hauptfehler, daß den betreffenden Kollegen in den kleinen Städten nie etwas von der Organisation zugänglich geworden ist und sie halten es dann bei den höheren Löhnen in den größeren Städten auch für überflüssig, dem Verband beizutreten; sie lassen sich vielleicht bereden, einigemal in eine Versammlung zu kommen, um später, vom Strudel der Großstadt mit fortgerissen, im großen Strom der Indifferenten unterzutauchen. Darin liegt der Schwerpunkt, daß es in einer ganzen Reihe von Großstädten den organisierten Kollegen noch nicht möglich war, an die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen heranzutreten. Als Beispiel hierfür will ich nur zwei Städte, Chemnitz und Dresden, anführen, wo die Verhältnisse etwa so sind. Man muß also zugeben, daß die Resolution, die die Kollegen des 10. Gaues in Mülheim-Ruhr beschlossen haben, ihre Berechtigung hat; aber hier liegt nun die Frage näher, und das ist für uns die Hauptsache: Ist dieselbe durchführbar? Es könnten, wie schon gesagt, mit demselben Rechte, wie die Kollegen des 10. Gaues, alle übrigen 16 Gauen mit derselben Begründung die Anstellung eines Gauleiters beantragen. Und hieran muß das Projekt wegen den hohen Kosten scheitern. Ich meine, weil die Verhältnisse fast überall die gleichen sind, so müßte, wie bei allen anderen Angelegenheiten auch, versucht werden, die Verhältnisse im ganzen zu bessern.

Man bewillige daher allen Gauvorständen, welche bisher ihre Arbeiten völlig kostenlos ausführten, jährlich eine Summe von vielleicht 500 bis 600 Mk. Es würde sich dann zeigen, daß die Gauvorstände mehr wie bisher in der Lage wären, agitatorisch für den Verband zu wirken. Die Gauvorstände müßten dann die Verpflichtung dafür übernehmen, die Woche einige Abende der Organisation zu widmen. Die Gauvorstände müßten natürlich regelmäßig, etwa alle vierzehn Tage, statt wie bis jetzt vielleicht alle Vierteljahre, Sitzungen abhalten. In diesen Sitzungen müßte den Gaubevollmächtigten das zu bearbeitende Feld überwiesen werden und würde somit eine Vernachlässigung der Agitation nicht platzgreifen können. Wir hätten dann das erfreuliche Resultat zu verzeichnen, daß die Gauvorstände mit viel mehr Lust und Schaffensfreudigkeit ihren Aufgaben sich zuwenden würden, und die Gesamtsumme, welche da etwa in Betracht käme, von insgesamt 8000 bis 10000 Mk. und dazu noch das, was die Agitation selbst kosten würde, könnte nach meinem Dafürhalten der Verband gut tragen.

Vielleicht könnte noch ein besserer Vorschlag gemacht werden, aber ich glaube, derselbe ist einer Diskussion wert.

M. R.

Internationales.

Ungarn. Die Budapester Raffinerer und Sinter befinden sich in einer Lohnbewegung, weshalb Zugang nach dorthin fernzuhalten ist. Die Forderungen sind: 1. neunstündige Arbeitszeit; 2. Entschädigung, respektive Vollbezahlung der Feiertage, eventuelle Überstunden werden mit 3 Heller pro Lohnkrone vergütet; 3. Lehrling kann nur dort beschäftigt werden, wo mehr als zwei Maschinen (an denen zwei Gehilfen arbeiten) im Betrieb sind; 4. Mindestwochenlohn der Neuausgelernten ist 20 Kronen und steigt mit jedem Jahre um 2 Kronen; 5. Arbeiterinnen sind wie folgt zu bezahlen: Auslegerinnen 5 Kronen, Anfangsgehalt der Einlegerin 9 Kronen, nach Ablauf eines Jahres 12 Kronen; 6. die Arbeitsfähigkeit der Arbeiterin bestimmt der Gehilfe; 7. der 1. Mai wird als Feiertag betrachtet und 8. als Ausfluß dieser Lohnbewegung darf innerhalb sechs Monaten niemand entlassen werden.

Korrespondenzen.

Zugang nach Hamburg, Altona, Bremen, Frankfurt a. M. ist fernzuhalten!
Die Firmen Burmeister, Hohenfeld, Wessel und Verlen in Lübeck und die Buchdruckerei Carl Schüncmann in Bremen sind gefordert.

München. Am 24. Oktober fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt, welche wieder einen sehr guten Besuch zeigte, was erfreulicherweise in letzter Zeit öfter der Fall war. Den Kassenbericht gab Kollege König. Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse bilanzieren mit 1346,29 Mk. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des zweiten Quartals einen Bestand von 1762,13 Mk., am Schlusse des dritten Quartals 2235,82 Mk., an Ausgaben sind 420,54 Mk. zu verzeichnen, bleibt Bestand fürs vierte Quartal 1815,28 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden im dritten Quartal nahezu 500 Mk. ausbezahlt, an Unterstützung für Kolleginnen in dringenden Notfällen, Krankheit usw. 42 Mk. Dem Kassierer sprach Kollege Binner für seine musterhafte Kassenführung den Dank namens der Versammlung aus. Binner gab den Geschäftsbericht. Im abgelaufenen Quartal hatten wir 25 männliche und 37 weibliche Aufnahmen zu verzeichnen, welchen jedoch wieder eine Reihe wegen Resten gestrichener und einige ausgetretene Mitglieder gegenüberstehen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des zweiten Quartals 227 männliche und 166 weibliche gleich 393 Mitglieder, am Schlusse dieses Quartals 239 männliche und 184 weibliche gleich 423 Mitglieder. Wie ersichtlich, überwiegt die Zahl der Aufnahmen weiblicher Mitglieder die der männlichen. Mitgliederversammlungen haben 6 stattgefunden, ferner eine öffentliche, in der Verbandsvorsitzender Dietrich referierte. Vorstandssitzungen fanden 7 statt und eine kombinierte mit dem Gauvorstand. Binner ermahnte die Kollegen, in der Agitation nicht zu erlahmen, damit auch wir zu einer Macht gelangen, mit der die Arbeitgeber rechnen müssen. Wandlinger gibt den Bericht vom Arbeitsnachweis. Arbeitslose Mitglieder waren am Orte 79 männliche und 3 weibliche, auf der Durchreise befanden sich 31 männliche Mitglieder, Stellen wurden 28 angemeldet, wovon nur 20 besetzt wurden. Aus diesem Bericht und der hohen Summe für Arbeitslosenunterstützung ist zu ersehen, daß das dritte Quartal geschäftlich eines der schlechtesten ist, hoffen wir, daß sich im vierten Quartal eine Wendung zum Besseren zeigt. Dem Bericht des Gauvorstandes ist zu entnehmen, daß am Schlusse des zweiten Quartals 24 Mitglieder zu verzeichnen waren, zugereist sind 7, abgereist 7, bleiben wieder 24 Mitglieder. Die Einnahmen der Gaukasse betragen 94,85 Mk., die Ausgaben 19 Mk. Trotz aller Versuche, im Gau neue Mitglieder zu gewinnen, gelang dies nicht, und konnte nur mit Mühe der gleiche Mitgliederstand wie im vorigen Quartal erhalten bleiben. Verschiedene Gewerkschaftsvereine, an die sich der Gauvorstand behufs Mitteilung von Adressen wandte, gaben nicht einmal eine Antwort, nur Neu-Ulm machte eine Ausnahme. Dem Bericht der Lohnkommission ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Quartal 1 Vertrauensmänner, 7 Kommissions- und 2 Werkstufensitzungen, 7 Bezirksversammlungen und

1 kombinierte Werkstübenversammlung von Oldenburg & Grimm stattgefunden haben. Daß die Agitation wenigstens einen Erfolg hatte, zeigt der Mitgliederzuwachs von 30. Bedauerlich sei es, daß trotz der gegenwärtigen Bewegung Ausstritte und Ausschüsse zu verzeichnen sind. Dem Bibliotheksbericht zufolge wurden 49 Bücher an männliche, 3 Bücher an weibliche Mitglieder ausgeliehen, der Kassenbestand der Bibliothekskasse beträgt 29,53 Mk. Sämtliche Berichte wurden ohne Diskussion entgegengenommen.

Sodann lag ein Schreiben des Gewerkschaftsvereins vor, betreffs Deckung der Kosten des Wolfratshausen Glasarbeiterstreiks. Die Kosten desselben sollten prozentual auf die Gewerkschaften verteilt werden, jedoch ging das erstmalig das gesamte Geld nicht ein, weshalb nochmals in den Säckel gegriffen werden mußte, den auf uns entfallenden Betrag von 13,21 Mk. beschloß die Versammlung zu bezahlen, 10 Mk. wurden bereits bezahlt, mithin leisteten wir 23,21 Mk. zu diesem Streik. Hierauf entstand eine längere Diskussion über die hier bestehende „Sektion der graphischen Gewerbe“ des christlichen Verbandes. Es beschwerten sich dort nämlich einige Kollegen über den „Terrorismus“, der von unseren Mitgliedern in einigen Werkstüben gegen sie ausgeübt wird, weshalb von unserem Kollegen Schubmacher erfucht wurde, auch die Meinungen andersgesinnter Kollegen zu respektieren. Viele Kollegen äußerten ihr Erstaunen, daß es hier überhaupt christlich-organisierte Buchbinder gibt, weiter wurde dann betont, daß wohl vorerst untersucht werden muß, ob hier irgend welcher Terrorismus vorliegt, erweise sich das, so müsse es scharf verurteilt werden. Nachdem die Vergütungskommission mit Rücksicht auf die Arrangements zur Silberfeier noch um zwei Kollegen vermehrt wurde, erfolgte Schluß der Generalversammlung.

Mürnberg. In einer früheren Versammlung wurde über die Lage der hiesigen Kartonnagearbeiter und wie verbessern wir dieselbe debattiert. Laier erinnerte damals an die im Jahre 1900 stattgefundenen Bewegung der hiesigen Kartonnagearbeiter und wie es mit Hilfe des Verbandes möglich war, in den meisten Geschäften eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne für Zuschnneider sowie der Bapparbeiterinnen zu erreichen. Leider glaubte ein Teil der Kollegen, und in der Mehrzahl der Kolleginnen, daß nach beendeter Lohnbewegung ihre Zugehörigkeit zum Verband nicht mehr notwendig sei, und deshalb war es möglich, daß in den vergangenen drei Jahren nicht nur eine Verschlechterung der Löhne eintreten konnte, sondern auch der Versuch, die Arbeitszeit wieder zu verlängern, teilweise geglückt ist. Die Diskussion, welche eine sehr lebhaft war, gab dem Redner nicht nur vollkommen recht, sondern brachte auch mehrere, sehr unwürdige Zustände aus den Werkstüben an das Tageslicht. Man war allseitig der Überzeugung, daß es an der Zeit wäre, auch hier verbessernd einzugreifen. Auf Antrag des Kollegen Laier wurde eine Kommission aus fünf Kollegen gewählt und dieselbe beauftragt, auf Grund statistischer Erhebungen einer späteren Versammlung Vorschläge über eventuelle Forderungen zu unterbreiten. Wir erzielten in dieser Versammlung 18 Aufnahmen. Die Kommission, welche sich in zwei Gruppen teilte, begann sofort mit Werkstübenversammlungen. Leider muß nun gesagt werden, daß dieselben nicht in dem Maße besucht waren, wie es dem Ernst der Sache entsprechend notwendig gewesen wäre. Doch immerhin haben dieselben uns einen tiefen Einblick in die Verhältnisse der hiesigen Kartonnagebranche gewährt. Auch gelang es uns hierbei wieder Kollegen und Kolleginnen für den Verband zu gewinnen.

Am 8. Oktober wurde von der Lohnkommission nun die zweite öffentliche Versammlung einberufen. Obwohl diese auch nicht stärker besucht war als die erste, so waren doch die Arbeiterinnen stark vertreten. Zur Tagesordnung, „Das Resultat der statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagebranche und welche Aufgaben erwachsen uns aus denselben“, sprach Kollege Eberhard. An der Hand der Statistik wies derselbe nach, daß die Löhne der Zuschnneider oft weit hinter den Löhnen in anderen Städten zurückstehen, sind doch Löhne von 14 und 15 Mk. noch sehr häufig, dagegen Löhne über 20 Mk. selten,

Löhne von 25 bis 30 Mk. sind nur ganz vereinzelt anzutreffen. Auch die Löhne der Arbeiterinnen sind im allgemeinen sehr niedrig, und obwohl hier Löhne von 10 bis 14 Mk. vorkommen, muß das Gros der Arbeiterinnen sich mit Löhnen von 7,50 bis 8,50 Mk. zufriedengeben. Die gesetzlichen Feiertage werden sehr selten bezahlt; für Überstunden gibt es in den wenigsten Geschäften Zuschlag. Die Arbeitszeit ist durchgehend 59 Stunden. Es kommen jedoch auch noch einzelne von 60 bis 63 Stunden vor, unter 59 Stunden wird bloß in solchen Geschäften gearbeitet, wo der Kartonnagebetrieb nicht der maßgebende ist. Auch die Lohnkommission brachte sehr drastische Fälle vor. So zahlen unter anderem die beiden Firmen Nobitsch ausglehnten Zuschneidern 7 und 8 Mk. Wochenlohn ohne Kost und Logis. Treffend bemerkte das eine Kommissionsmitglied, entweder haben beide Firmen ihren Lehrlingen nichts gelernt, so daß sie nicht mehr verdienen, oder sie heuten diese jüngeren Gehilfen ganz gehörig aus; jedoch in beiden Fällen spricht es nicht zugunsten der Lehrherren. Nachdem auch der Gauvorstehende Fleckling das Wort ergriffen hatte, beschloß die Versammlung in Anbetracht der schon vorgerückten Geschäftszeit und mit Rücksicht auf die geplante Bewegung in Fürth, diesen Herbst in keine Lohnbewegung einzutreten, sondern gemeinsam, wenn möglich im Frühjahr mit den Fürthener Kollegen für Verbesserung der Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Auch diese Versammlung brachte uns 14 Neuaufnahmen, in der ganzen Bewegung gewannen wir rund 70 Mitglieder für den Verband. Ist nun dieser Erfolg gegenüber der Anzahl der uns noch Fernstehenden klein, zu klein, um ernsthaft an eine Lohnbewegung heranzugehen, so ist der Anfang doch gemacht, der Grundstein ist ein ganz massiver und wenn von demselben bis zum Frühjahr nichts mehr abdrückt, so wird es den hiesigen Kartonnagearbeitern und Arbeiterinnen nicht allzu schwer fallen, baldigt ihre Lage der Kollegen und Kolleginnen anderer Städte gleichzustellen.

Fürth i. B. In der am 19. Oktober stattgefundenen Vierteljahrsversammlung wurden zunächst 22 weibliche und 3 männliche Mitglieder aufgenommen. Sodann gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht, welchem zu entnehmen ist, daß im letzten Quartal infolge der intensiven Werkstübenagitation die Zahl der Mitglieder von 86 auf 185 gestiegen ist, so daß mit den Neuaufnahmen die Zahlstelle 207 Mitglieder zählt. Schumann gibt den Kassenbericht. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 375,30 Mk.; an Arbeitslosenunterstützung wurde 66,55 Mk. ausbezahlt. Der Bestand der Lokalkasse hat sich erhöht, obwohl 23,50 Mk. für ausgesteuerte Mitglieder angewendet wurden, er beträgt 69,95 Mk.

Eine Zuschrift der Nürnberger Lohnkommission, die besagt, gleich wie in Nürnberg die Agitation nicht ruhen zu lassen, um dann im nächsten Jahre gemeinsam mit Forderungen an die Unternehmer herantreten zu können, fand volle Zustimmung. Böllner forderte in beredten Worten die anwesenden Kolleginnen auf, treue Mitglieder zu bleiben und jetzt schon für die demnächst stattfindende öffentliche Versammlung, in der eine Kollegin referieren wird, zu agitieren. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen.

Karlsruhe. Unsere Quartalsversammlung fand am 19. Oktober statt, in welcher der Vorsitzende einen ausführlichen Geschäftsbericht gab. Diesem ist zu entnehmen, daß der briefliche Verkehr ein überaus starker war; trotz reger Agitation ging die Zahl der Mitglieder um eins zurück und verbleibt am Schluß des dritten Quartals ein Mitgliederbestand von 1 weiblichen und 39 männlichen Mitgliedern. Der Besuch der Versammlungen hat sich erfreulicherweise gehoben, auch die Gemütlichkeit und Geselligkeit unter den Kollegen scheint wieder in früherer Weise sich einzuführen, was nur mit Freuden begrüßt werden kann, ist dieses doch zum Wohl des einzelnen, sowie der ganzen Zahlstelle. Aus dem Kassenbericht, von Scholl gegeben, ersieht man eine Steigerung der Ausgaben der Lokal- und Krankenzuschüsse. An Stelle des zweiten Revisors wurde Müller gewählt.

Zu einem Vortrag über Proportionalwahlsystem gewannen wir Redakteur Willy, welcher sich seiner

Aufgabe in klarer, leichtfaßlicher Weise entledigte und sollten ihm die Anwesenden reichen Beifall. Einen zweiten Vortrag hielt unser Vorsitzender über „Die Streiks im Jahre 1902“. Auch dieser Vortrag war sehr lehrreich und zeigte in den einzelnen Angaben, was die Gewerkschaften zu leisten vermögen und welche Summen für Streiks und sonstige Unterstützungen bei Lohnbewegungen verausgabt wurden.

Wenn wir zurückblicken auf das verfllossene Quartal, so können wir sagen, daß in unserer Zahlstelle in verschiedener Art eine Besserung eingetreten ist. Die Kassenverhältnisse sind günstig, der Versammlungsbesuch stärker und die Sympathie unter den Kollegen für den Verband hat sich gehoben. Darum Kollegen, fahrt fort auf dieser Bahn, agitiert und werbt neue Mitglieder für die hiesige Zahlstelle, dann können wir auch endlich wieder einmal daran denken, unsere Lebenslage zu verbessern, was um so notwendiger ist, als die geringen Zugeständnisse von 1900 bereits wieder im Winde verweht sind. Auch hier in Karlsruhe müssen wir daran denken, einen den hiesigen Verhältnissen anzupassenden Tarif einzuführen.

Offenbach a. M. Unsere Generalversammlung fand am 19. Oktober statt. Der Versammlungsbesuch war ein sehr guter zu nennen, da von circa 65 Mitgliedern etwa 40 anwesend waren. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 42 männlichen und 1 weiblichen Mitglied am zweiten Quartal auf 53 Mitglieder am Schluß des dritten Quartals. Inzwischen ist die Mitgliederzahl auf 65 gestiegen. Leider mußten wir 3 männliche und 1 weibliches Mitglied wegen Meien streichen. Kasse und Bibliothek wurden in gewohnter Ordnung befunden und wurde beiden Funktionsämtern auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Eine lebhaft Diskussion rief die Frage der Errichtung einer Zentralbibliothek hervor, mit welchem Projekt sich das hiesige Kartell befaßt. Unsere Stellungnahme hierzu ist die, daß unsere Zahlstelle im Prinzip für eine solche ist, aber in bezug auf die örtlichen Verhältnisse die Errichtung einer Zentralbibliothek für zu verfrüht erachtet. Sodann machte der Vorsitzende auf die gegenwärtigen Lohnbewegungen aufmerksam. Das Erfreuliche liegt in der Tatsache, daß besonders die Nebenbranchen und insbesondere die Kartonnagearbeiter sich rühren, um ihre Lage zu verbessern, auch die hiesigen Kartonnagearbeiter sollten sich an ihren Kollegen in Berlin, Hannover, Nürnberg und Fürth ein Beispiel nehmen. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch laut, eine öffentliche Versammlung einzuberufen; der Vorstand wurde dazu beauftragt und ihm die Vorarbeiten übertragen.

Der hiesigen Firma A. Blohorn muß unsere Organisation ein Dorn im Auge sein. Einen Kollegen, der erst vor kurzem aus Jahr hergelost wurde, fragte der Herr Chef, ob er im Verband sei. Nachdem der Kollege diese Frage bejahte, erklärte der Herr Chef, er müsse, wenn er seine Stelle behalten wolle, aus dem Verband austreten. Der Kollege erklärte sich zu diesem Schritte nicht bereit und wurde infolgedessen aufgefordert, die Fabrik zu verlassen. Auf den Rat einiger Verbandskollegen machte der Kollege eine Klage wegen Nichteinhaltung der gesetzlichen vierzehntägigen Kündigungsfrist vor dem Gewerbegericht anhängig, der Erfolg war, daß beim Sühnetermin er einen Wochenlohn und 5 Mk. Spesen erhielt. Der Herr Blohorn erklärte, er habe dem Kollegen nicht gekündigt, doch gab er zu, schon vorher das Arbeitsbuch ausgefüllt zu haben. Es wird das beste sein, insbesondere von den Lahrer Kollegen, das Musterinstitut des Herrn A. Blohorn zu meiden. Wir hatten das öfteren Gelegenheit, die feine Umgangsform dieses Herrn seinen Arbeitern gegenüber in unfernen Verbandsorgan zu kennzeichnen. — Auch bei Angeboten der Firma J. F. Diegel sollten die Kollegen sehr vorsichtig sein, da die Akkordpreise derartig gedrückt sind, daß ein Kollege, der erst anfängt, unmöglich einen anständigen Lohn verdienen kann. Es sind Fälle vorgekommen, daß Kollegen mit 8 und 10 Mk. zu Haus geschickt wurden. In diesem Geschäft ist besonders das Wortschlußsystem sehr Mode, die Kollegen sind oft der Meinung, daß sie 20 bis 21 Mk. verdienen haben, zu ihrem Schrecken erfahren sie aber später, daß sie einen ansehnlichen Betrag a Konto stehen haben,

so daß ihnen beim Abgang oft nichts mehr bleibt. Die Kollegen werden am besten tun, sich vor Eintritt in dieses Geschäft schriftlich einen Wochenlohn von 21 Mk. sichern zu lassen.

Köln. Die Zahlstelle hielt am 24. Oktober ihre Generalversammlung ab, in welcher neben den üblichen Verwaltungsberichten Stellung zu den bereits eingereichten Lohnforderungen usw. genommen wurde. Die äußerst zahlreich besuchte Versammlung nahm einen imposanten Verlauf und wurde allseitig die Mitteilung freudig begrüßt, daß bereits die Prinzipale Stellung zu unseren Forderungen genommen haben und voraussichtlich dieselben bewilligen würden. Mit besonderem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, jezt das Angefangene auch zur Vollendung zu bringen und die Reihen der Organisierten durch weitere Eintritte von neugewonnenen Verbandsmitgliedern gefüllt werden müssen. Mit besonderer Genugtuung ist zu bemerken, daß hier am Orte eine nie gekannte Mühsamkeit zu verzeichnen ist und daß das allseitige Interesse und die Beteiligung der Kollegen eine Ergrünnung voraussetzt. Endlich scheint auch für Köln der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo die jahrelange Arbeit ihre Früchte trägt und neue Hoffnungen, neuer Mut besetzt die Kollegenschaft.

Am 25. Oktober ging seitens des Vereins der Buchdruckereibesitzer ein Schreiben ein, welches sich näher mit unseren Forderungen befaßt und zu der Erwartung Veranlassung gibt, daß die Kollegen auf Einsicht der Betriebsinhaber rechnen dürfen. Den noch nicht dem Deutschen Buchbinderverband angegeschlossenen Kollegen sei hiermit besonders ans Herz gelegt, das Versäumte nachzuholen und es nicht mit leeren Versprechungen bewenden zu lassen. Erfreulich darf ja erwähnt werden, daß bereits innerhalb der letzten 14 Tage nahezu 20 Neuaufnahmen vollzogen wurden. Beherzigen wir die Worte, mit welcher die imposante Versammlung geschlossen wurde: „In der Einigkeit liegt die Macht!“

Barmen. Unsere am 24. Oktober stattgefundenen Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Im verfloffenen Quartal haben laut Geschäftsbericht des Vorsitzenden Schmorde 6 Mitglieder- sowie 1 Generalversammlung stattgefunden. Im vergangenen Vierteljahr wurde ein Vortrag über den Leipziger Tarif den Mitgliedern zu Gehör gebracht, welcher mit reichem Beifall aufgenommen wurde. Des weiteren bildete sich eine Agitationskommission, welche mit dem Vorstand der Zahlstelle die Agitation, das ist die Kleinarbeit hierzu, betreiben solle. Ein hoher Prozentsatz der hiesigen Kollegen ist in Webereien und sonstigen Textilfabriken beschäftigt. Werden nun vom Textilverband Werkstättenversammlungen einberufen, dann sollen die in den betreffenden Betrieben beschäftigten Buchbinder, Musterartenarbeiter usw. extra eingeladen werden, daran teilzunehmen. In diesen Versammlungen werden stets zwei Mann unserer Agitationskommission anwesend sein, um etwa erscheinende Berufsangehörige für uns zu gewinnen. (In unserem letzten Bericht war diese Angelegenheit schon erwähnt, aber die Tatsachen sind dabei so auf den Kopf gestellt worden, daß man eher das Gegenteil von dem, was gemeint ist, denken konnte. Auch halte ich diese ganze Angelegenheit für sehr nachahmenswert. Der Bericht.) Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt. Die Verbandskasse erzielte an Einnahmen inklusive Bestand 107,69 Mk., verausgabte wurden 32,19 Mk., darunter für Unterstützung 13,55 Mk., an die Hauptkasse gefandt 65 Mk., am Orte behalten 10,50 Mk. Die Lokalkasse hatte an Einnahmen inklusive Bestand 118,70 Mk., Ausgaben 33,20 Mk., bleibt Bestand 85,50 Mk.

Bei der nunmehr vorgenommenen Schriftführerwahl ging Böffelholz nahezu einstimmig als gewählt hervor. Im weiteren Verlaufe der Versammlung erstattete uns Saworitschender Ordnungshof einen ausführlichen Bericht über die Konferenz in Essen. Auf Antrag wurde diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt. Für die streitenden Düsseldorf Kollegen wurden 10 Mk. aus lokalen Mitteln bewilligt. Auf eine Anfrage teilt Kassierer Müller mit, daß unser 6. Stiftungsfest mit einem voraussichtlichen Überschuss von 50 bis 55 Mk. abschließt.

Braunschweig. Am 17. Oktober hielt unsere Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung

ab. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht, aus welchem zu entnehmen ist, daß im verfloffenen Quartal eine General- und zwei Mitgliederversammlungen abgehalten wurden. Der Mitgliederbestand fiel von 33 auf 31. Der Besuch der Versammlungen war auch in diesem Quartal ziemlich flau und mußten wieder mehrere Versammlungen aus diesem Grunde ausfallen; möchten doch die Kollegen sich endlich an ihre Pflicht erinnern und pünktlich die Versammlungen besuchen. Den Kassenbericht gab Oppermann. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 156,88 Mk., Ausgaben 119,10 Mk., abgesetzt an die Verbandskasse wurden 37,78 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 90,91 Mk., Ausgaben 32,09 Mk., bleibt Bestand 58,82 Mk. Aus dem von Heinrich Frischer gegebenen Bibliotheksbericht ergab sich, daß 14 Bände gelesen wurden.

Hierauf hielt Kollege Redakteur Fette aus Halle einen einstündigen Vortrag über „Die letzte Tarifbewegung in unserem Gewerbe“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und war aus der sich hieran anschließenden Diskussion zu ersehen, daß auch die hiesigen Kollegen die Zeit für gekommen halten, um den Versuch zu machen, ihre Lage zu verbessern. Nachdem der Vorsitzende nochmals auffordert, für die nächste Versammlung rege zu agitieren, erfolgt Schluß der Versammlung.

Hamburg. Die am Mittwoch den 21. Oktober stattgefundenen öffentliche Buchbinderversammlung hatte auf der Tagesordnung: „Die Antwort der Prinzipale auf unsere Forderungen.“

Kollege Küster teilt zunächst mit, daß die Lohnkommission die in der vorigen öffentlichen Versammlung aufgestellten Forderungen nebst Begründung derselben den Buchbinder- und Buchdruckerinnungen sowie sämtlichen in Betracht kommenden Geschäftsinhabern, mit dem höflichen Ersuchen bis zum 20. Oktober zu antworten, zugestellt hat. Redner verliest hierauf nochmal die Forderungen nebst Begründungen. Es seien auch eine Anzahl Antworten der Innung fernstehender Prinzipale zur rechten Zeit eingetroffen, die sich teils zustimmend, teils abwartend zu dem Tarifentwurf verhalten. Ein für uns besonders wichtiges Schreiben ist das der Hamburger Buchbinderinnung und lautet daselbe folgendermaßen:

„An die Lohnkommission des Deutschen Buchbinderverbandes, Zahlstelle Hamburg und Altona. Ihren eingeschriebenen Brief vom 13. Oktober 1903 haben wir erhalten und der gestrigen Versammlung vorgelegt. Dieselbe ist im allgemeinen einer Tarifgemeinschaft nicht abgeneigt, verheißt sich aber nicht die großen Schwierigkeiten, die der Erreichung einer solchen entgegenstehen. Besonders da die Innung nur reichlich 60 Mitglieder zählt, während das Hamburg-Altonaer Adressbuch darin einige Hundert aufweist. Sie können aber nicht erwarten, daß die Innung Ihre Vorschläge, zu deren Ausarbeitung Sie vielleicht längere Zeit in Anspruch nahmen, jezt kurzerhand annehmen soll. Die Innung hat deshalb Ihre Vorschläge einer Kommission überwiesen, die einer demnächstigen Versammlung Bericht erstatten wird. Inzwischen überläßt sie es ihren einzelnen Mitgliedern, sich mit ihrem Personal zu einigen. Hochachtungsvoll der Vorstand der Buchbinder-Innung zu Hamburg.“

Redner ist der Meinung, daß die Innung, nach dieser Antwort zu schließen, einer Tarifgemeinschaft nicht abgeneigt sei, jedoch müsse von unserer Seite verlangt werden, daß zu den betreffenden Innungsverhandlungen auch Vertreter unserer Lohnkommission zugezogen werden. Hierauf werden die übrigen, zirka zehn Antworten verlesen, die fast sämtlich zugunsten der Tarifforderungen aufzufassen sind. Einen ganz unbegreiflichen Bescheid hat uns Auer & Co. („Hamburger Echo“) zukommen lassen. Obgleich in deren Schreiben betont wird, daß fast sämtliche aufgestellten Forderungen seit einer Reihe von Jahren für die Buchbinder in dem Betriebe schon beständen, wird doch die Zustimmung zu dem geforderten Minimallohn von 26 Mk. nur dann als bindend betrachtet, wenn die Mehrzahl der Unternehmer auf diese Forderung eingeht. Unter allgemeiner Entrüstung und Pfuirufen wird der letzte Passus von der Versammlung aufgenommen und sodann derselbe einer heftigen Kritik unterzogen. Waren wir bisher doch immer der Meinung, daß ein Parteigeschäft mit gutem Beispiele voranzugehen

habe; nun, Herr Berard hat uns eines anderen belehrt. Allerdings, wundern kann man sich nicht, sind wir es doch gewöhnt, vom Parteigeschäft teilweise schlechter behandelt zu werden, als es von bürgerlicher Seite aus geschieht. Was sollen letztere Betriebe dazu sagen? Schmach über eine solche Antwort! Besser wäre es für unsere Sache gewesen, wenn Auer & Co. uns keine Antwort erteilt hätte.

Büch berichtet, daß die Altonaer Innung sich dem Vorgehen und den Beschließen der Hamburger Buchbinder-Innung anschließen wolle, wenigstens will deren Obermeister in diesem Sinne wirken. Übrigens halte die Hamburger Innung in den nächsten Tagen eine Sitzung ab, an der auch Vertreter der Gehilfen teilnehmen werden. Der Vorsitzende der Hamburger Buchdrucker-Innung, Herr Persiel, habe uns einen Bescheid erteilt, der wohl in seiner Art seinesgleichen suche. Dieser Herr ist der Meinung, daß für einen Ort Vereinbarungen, wie wir sie fordern, nicht getroffen werden könnten, weil man mit der Konkurrenz von außerhalb zu rechnen habe. Ferner ist er der Ansicht, daß die Buchbinder ungelernete Arbeiter seien, da viele ungelernete Arbeiter, die nicht wüßten, was sie anfangen sollten, einfach Buchbinder würden. (Allgemeine Heiterkeit.) Die Buchdrucker-Innung werde sich jedoch in ihrer nächsten Versammlung, am 20. November, mit dieser Sache beschäftigen. Redner meint nun hierzu, daß wir durchaus keine Ursache hätten, unsere Sache auf die lange Bank schieben zu lassen, sondern uns unsere Forderungen sobald wie möglich holen müssen. (Beifall.)

Blau geht unter lebhafter Zustimmung mit Herrn Persiel scharf ins Gericht. Man müsse diesem Herrn einen Tanz aufführen, an den er jahrelang denken müßte. Die Hamburger Spaten pflügen es von den Dächern, daß der gewöhnlichste Kohlenarbeiter es unter seinen Würde halte, für Buchbinderlöhne, wie sie im „Gutenberghaus“ gezahlt werden, zu arbeiten. Schlegel, im Sinne des Vorredners zu der Sache sprechend, betont noch, daß diejenigen Arbeitgeber, welche unsere bescheidenen Forderungen nicht zahlen können, nur getrost zu uns kommen mögen, um wie wir den Arbeiter zu spielen, dann würden sie wohl die besten Agitatoren für unsere Forderungen abgeben. Wilhelm kritisiert scharf das Verhalten des Parteigeschäfts zu unseren Forderungen. Schon in der 1890er Lohnbewegung habe daselbe uns Knüttel zwischen die Beine geworfen. Dostalk wünscht, daß schon morgen früh von den Arbeitgebern eine Antwort verlangt werden solle, auf allen Arbeitsplätzen — außer der Innung angehörigen — wo die Meister die Forderungen nicht bewilligen, soll sofort die Arbeit eingestellt werden. Mehrere Redner sprachen jedoch dagegen und warnen vor allzu voreiligen Schritten; man müsse den Arbeitgebern einige Zeit zur Überlegung lassen und erst Sonnabend die Kündigungen einreichen. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde noch mitgeteilt, daß wieder eine Firma sich bereit erklärt habe, die Forderungen zu bewilligen. Nach längerer Diskussion wurde sodann folgende Resolution in Vorschlag gebracht:

„Die am 21. Oktober tagende öffentliche Versammlung erklärt: In Erwägung, daß ein erheblicher Teil unserer Prinzipale die ihnen zugesandten Schreiben unbeantwortet gelassen hat, hat

1. in allen Geschäften, von denen Antworten nicht eingegangen sind, das Personal durch geeignete Personen bis zum nächsten Sonnabend vorstellig zu werden, um die Bewilligung der aufgestellten Forderungen möglichst auf glücklichen Wege zu erreichen. Sollte dies ohne Erfolg sein, so ist am Sonnabend, dem 24. Oktober, die Kündigung einzureichen;“

2. in den Geschäften, die sich zu Unterhandlungen bereit erklärten, hat das Personal diese weiteren Instruktionen entgegenzunehmen;

3. das bei Innungsmitgliedern beschäftigte Personal hat entsprechend den eingelaufenen Schreiben bei seinem Prinzipal in gleicher Weise vorstellig zu werden und vom Resultat der Lohnkommission Mitteilung zu machen, die über das Weitere, je nach Umständen befinden wird. Von der Kündigung ist daselbst vorläufig Abstand zu nehmen;“

4. in allen anderen Geschäften hat das Personal über die obwaltenden Verhältnisse der Lohnkommission wahrheitsgemäßen Bericht zu erstatten, um die Lohnkommission in die Lage zu setzen, auch in Geschäften, wo organisierte Kollegen nur wenig vertreten sind, nach Möglichkeit die Einführung einer Tariftariffgemeinschaft, verbunden mit einer geringen Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, herbeizuführen."

Rüster beantragt, per Stimmzettel über die Resolution zu entscheiden, was von der Versammlung akzeptiert wird. Abgegeben wurden 305 Stimmzettel, mit Ja stimmten 293, mit Nein 10 Personen. Zwei Stimmzettel waren ungültig. Die Resolution ist somit angenommen.

Bernot und Büch betonen, daß durch die mit übergroßer Majorität angenommene Resolution die Kollegen und Kolleginnen die Konsequenzen zu ziehen hätten, der einzelne Unorganisierte biete keine Macht, nicht so die organisierte Masse, der müsse man vor allen Dingen Rechnung tragen.

Das Schlußwort nimmt Rüster und wendet sich mit kräftigen Worten an die Versammelten. Die Würfel seien gefallen, jetzt gäbe es kein Zurück mehr, alle müssen den Kampf mutig aufnehmen. Die jungen und die schlechtbezahlten Kollegen und Kolleginnen, für die wir in letzter Zeit Tag und Nacht gearbeitet, die sollen nun ins Treffen; aber auch die alten, soweit es denen angeht — mögen Zwietracht beiseite lassen, keiner möge zum Verräter der guten Sache werden. (Lebhafte Beifall.) Reuß macht sodann noch bekannt, daß die Lohnkommission im Lokale des Herrn Paetow, Kaiser-Wilhelmstraße 77, ihren Sitz hat und jeder sich in kommenden Fällen an selbige zu wenden hätte. Mit einem Hoch auf gutes Gelingen unserer Sache wird die äußerst wichtige Versammlung geschlossen.

Bremen. Am Sonnabend den 17. Oktober fand eine öffentliche Buchbinderversammlung statt, in welcher Kollege Büch aus Hamburg über die Tarifvereinbarungen referierte. Er führte unter anderem aus, daß die deutschen Gewerkschaften in neuerer Zeit sich allerorts bemüht haben, Tarife mit den Unternehmern abzuschließen, welche dem Arbeiter eine den allgemeinen Verhältnissen angepasste Lebenshaltung auf gewissen Zeitraum sichern, andererseits aber auch ermöglichen, auf gutlichem Wege mit den Arbeitgebern Verhandlungen anzuknüpfen auf Grund gegenseitigen Entgegenkommens. Durch solche Tarifvereinbarungen war es nur möglich, die Schmutzkonzurrenz zu beseitigen, und den Frieden im Gewerbe zu erhalten und unnötige Streiks zu vermeiden. Sabnbrechend in dieser Hinsicht waren die Buchdrucker, denen dann auch nach kurzem andere Gewerkschaften gefolgt sind. In Anbetracht der teuren Lebensmittel- und Wohnungspreise sah sich nun auch in Bremen die Gehilfenschaft gezwungen, einen neuen Tarif für Buchbinder auszuarbeiten, welcher die Lebenshaltung der Kollegen um ein geringes verbessern soll. Obwohl der Referent darauf hingewiesen hat, daß der Tarif eigentlich für Bremen zu niedrig aufgestellt wurde (im Verhältnis zu anderen Großstädten), nahm die Versammlung den ihr vorgelegten Tarif dennoch an und versprach tatkräftig für denselben eintreten zu wollen. Nachdem Redner alle Kollegen zu wirksamer Arbeit aufgefordert, schloß er sein vortrefflich durchdachtes Referat unter großem Beifall der zahlreich anwesenden Kollegen. Leider hatten es nur wenige Indifferente der Mühe für wert gehalten, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen, es scheint, als wären die uns fernstehenden Kollegen mit ihrem Loos ganz zufrieden, trotzdem gerade sie uns den Beweis liefern, daß ihre Lage wohl verbesserungsbedürftig ist, indem sie mit „Luft und Liebe“ nach Feierabend arbeiten und auch andere Arbeiten, „nebenbei“ verrichten. Nachdem noch verschiedene Kollegen sich hierzu geäußert, wurde eine Resolution angenommen, die den Ausführungen des Referenten beipflichtet und worin sich die Anwesenden verpflichten, mit allen verfügbaren Mitteln für die Forderungen einzutreten. Die Versammlung wählte hierauf eine Kommission von sechs Mann, durch welche der neu aufgestellte Tarif umgehend den Prinzipalen zugesandt werden soll.

Nachdem der Referent noch einige anfeuernde Worte an die Versammlung gerichtet hatte, schloß

der Vorsitzende die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Tarifbewegung und den Deutschen Buchbinderverband.

Aus dem Tarif selbst ist folgendes erwähnenswert:

Neben Erhöhung des Minimallohnes von 20 auf 23 Mk. ist Sicherung eines Akkordlohnes in gleicher Höhe, Bezahlung der gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage, beziehungsweise der Überstunden vorgesehen. Zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten wird eine aus Prinzipalen und Gehilfen zusammengesetzte Kommission gewünscht, welche etwaige Beschwerden umgehend zu erledigen hat.

Man gewinnt hier in Bremen bereits den Eindruck, als sollte unsere Tarifbewegung nun schon einiges als Vorpiel bringen. Und zwar fühlen sich schon jetzt einige Firmen veranlaßt, die Verbandsmitglieder zu maßregeln. Es ist dies die „Traktatgesellschaft“ der Methobisten, die einem Presser deshalb gekündigt hat, weil er — nun man höre und staune — weil er in diesem Christeninstitut Karten zu unserem Stiftungsfest verkauft hatte. Wie reizend ist doch die Menschen- und Nächstenliebe dieser Herren. Es muß dringend vor Annahme von Stellungen nach hier gewarnt werden. Diese Firma holt sich meistens die Presser vom Leipziger Arbeitsnachweis, sie ist sogar so galant, daß sie nichts danach fragt, wer da mitkommt. Sind aber die Kollegen erst hier und machen die übliche Betstunde nicht mit, dann ist ihres Bleibens nicht mehr lange. Ferner ist es die Buchdruckerei der Bremer Nachrichten, Inhaber Karl Schünemann, die auf ganz liberale Weise die Kollegen auf das Pfaster befördert. Gerade diese Firma hat es verdient, einmal in der Öffentlichkeit behandelt zu werden, da gerade sie bei jeder Gelegenheit mit Arbeiterfreundlichkeit prahlt und ihren Liberalismus stets als etwas Geheimstes anpreist.

Kollegen, laßt euch durch diese Gewaltmaßregeln nicht irre machen, vertrittet in der kommenden Tarifbewegung Mann für Mann, voll und ganz eure Forderungen. Haltet in dieser ersten Zeit noch mehr, noch fester zusammen, und zeigt den Herren Prinzipalen, daß ihr gemeinsam wohl eine achtunggebietende Macht seid. Nur so können wir darauf rechnen, unsere immerhin noch sehr traurige Lage zu verbessern. Also! Junges holt fast!

Berichtigung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Geehrte Redaktion!

Den in Nummer 41 der „Buchb.-Ztg.“ erschienenen „Hofgeismarer Brief“ erkläre ich hiermit als eine Verleumdung. Alle darin angeführten Punkte sind in der gewissenhaftesten Weise entkräftet. Der Einsender dieses Briefes hat sich einer nichtsnutzigen Handlung schuldig gemacht! Auf Grund des Pressegesetzes eruche ich Sie hiermit, folgende Entgegnung in der „Buchb.-Ztg.“ aufzunehmen:

1. Es ist nicht wahr, daß meine 20 Buchbindergehilfen einen Wochenlohn von 12 bis 15 Mk. beziehen; 19 von diesen 20 Gehilfen erhalten einen Wochenlohn von 15 bis 18 Mk. Der mir nicht unbekannt Einsender dieses Artikels hat ebenso wie andere Gehilfen einen Wochenlohn von 17 Mk. erhalten und hat nicht lange vor seinem Weggange meinem hier mit Procura versehenen Sohne erklärt, er schätze sich glücklich, bei mir Arbeit gefunden zu haben; es gefiele ihm sehr gut und er hoffe recht lange zu bleiben.

2. Was die Behandlung des Gehilfen betrifft, so hat der betreffende Gehilfe nicht vor dem Klosett gewartet, sondern sich dorfselbst mit zwei anderen Arbeitern herumgebalgt und ist deshalb und weil er einem meiner Angestellten, der ihm dieses Verhalten vermieß, ungezogen antwortete, mit Recht mit einer Mark Strafe belegt worden, während eigentlich seine sofortige Entlassung gerechtfertigt gewesen wäre.

3. Der Vorwurf, den Gehilfen das Wasser vorzuenthalten zu haben, trifft mich absolut nicht, denn in jedem Saale stehen ein bis zwei Krüge, welche jederzeit mit frischem Wasser gefüllt werden können und auch gefüllt werden. Außer dem, aus gutem Grunde geschlossenen Wasserhahn auf dem Hofe befindet sich im Geschäft ein zweiter, unverkloppener Hahn zu allgemeiner Benutzung.

4. Von dem Vorhaben meiner Buchbindergehilfen, eine Versammlung abzuhalten, habe ich keinerlei Kenntnis gehabt und schon deshalb keinen Schritt darum getan, um eine derartige Versammlung zu hintertreiben. Dem Stadtrat von Hofgeismar gehöre ich überhaupt nicht an!

Es ist also alles in der gebüffigsten Weise zusammengelogen!

L. Rejeborg,

Papierwarenfabrik Hofgeismar.

Den Verfasser des Briefes eventuell den Bevollmächtigten, unter dessen Kontrolle der Brief an uns eingeschandt wurde, müssen wir es überlassen, sich hiergegen zu wehren.

Bundschau.

* Buchbindergewerbe — Saisongewerbe.
In der „Berl. Buchb.-Ztg.“ ist zu lesen:

„Die Dresdener Gewerbekammer war vom königl. Ministerium des Innern um eine gutachtliche Äußerung über das Gesuch der Dresdener Buchbinder-Zwangsgewerbe, beim Bundesrat zu befürworten, daß für das handwerksmäßige Buchbindergewerbe generelle Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit auf Grund von § 105 d der Reichsgewerbeordnung festgesetzt werden, ersucht worden. Nach den Erhebungen, welche der Gewerbeausschuß der Kammer hat anstellen lassen, ist auch bei den im Bezirk der Gewerbekammer Leipzig befindlichen Buchbinderhandwerksbetrieben ein Bedürfnis vorhanden, an den Sonntagen vor dem Weihnachtstfest arbeiten zu dürfen. Da vor diesem Feste sehr häufig Nachbestellungen der Verlagswerke zum Einbinden einlaufen und diese bei Vermeidung der Abnahme bei nicht rechtzeitiger Lieferung nur mit Hilfe der Sonntagsarbeit bewältigt werden können, so beantragt der Gewerbeausschuß, die Kammer möge die Bewilligung von Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Buchbinderhandwerk, welches zur Weihnachtszeit zu einer verstärkten Tätigkeit genötigt ist, befürworten. Die Kammermitglieder stimmten diesem Antrag denn auch ohne Debatte bei.“

Damit ist der Anfang gemacht zur Umgehung der Arbeiterschutzbestimmungen, vorausgesetzt, daß der Bundesrat dieser gutachtlichen Äußerung Folge leistet und Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Buchbindergewerbe zuläßt. Öffentlich trägt der Bundesrat diesen egoistischen Privatinteressen keine Rechnung.

* Eine Kartonalzmaschine ist, wie Heimanns Patentbureau in Oppeln meldet, Herrn Wilh. Gladitz in Doss, Baden, unter Nr. 144 036 patentiert worden. Mit dieser Falzmaschine soll in einem einzigen Arbeitsvorgange ohne weitere Bewegung des Pappstreifens eine möglichst große Anzahl Falze so in einen Papptarton gepreßt werden, daß dieser eine wellige Gestalt bekommt und die zur Falzbildung nötige Zulieferung der Pappe von beiden Seiten erfolgt. Zu diesem Zwecke sind Patrizien- und Matrizenlineale in entsprechender Anzahl in der Weise nebeneinander angebracht, daß sie einzeln oder paarweise nacheinander niederbewegt werden. Die Matrizenlineale werden in ihrer Vertikalbewegung entsprechend gehemmt und gehindert.

* Eine fulminante Erklärung, die auffällig, in Fettdruck aus dem übrigen Inhalt hervorleuchtet, bringt die letzte Nummer der „Portef.-Zeitung“ gegen uns; sie sieht so aus:

„Der Klügere schweigt!“ Aus diesem Sprichwort die nötige Anwendung ziehend, erklären wir hiermit, auf alle Ausapfungen unserer verehrten Kollegin, der „Buchbinder-Zeitung“, im Interesse der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr zu antworten. Möge wer will, sich an Geschmacklosigkeit und Anrempelungen vergnügen, wir haben besseres zu tun.
Offenbach a. M., Oktober 1903.

Die Redaktion der „Portefeuille-Zeitung.“
Diese Erklärung traf uns wie ein Schlag aus heiterem Himmel. Wir sind uns gar nicht beruht, in letzter Zeit Missetaten in beregter Art verbrochen zu haben, womit nicht gesagt sein soll, daß wir es nicht tun werden, wenn's uns notwendig und geboten erscheint, selbst auf die Gefahr hin, daß sich die „Portef.-Ztg.“ selbst ein so glänzendes Zeugnis ausstellt und uns dadurch als Dummerjan kennzeichnen will. Hat das schon einen starken Stich ins Konische, so noch viel mehr die Bemerkung, daß sich die „Portef.-Ztg.“ als besonderer Interessenhüter der Gewerkschaftsbewegung aufspielt.

Soll solche förmlich amtliche Erklärung dem Zwecke dienlich sein, als verfolgte Unschuld Eindruck auf die Postfesseln zu machen, um Mitglieder zu gewinnen? Sie sieht, da kein ersichtlicher Grund für eine solche Erklärung vorhanden ist, etwas stark reklamehaft aus.

* Herbergstatistisches. Aus einer Eingabe, die der deutsche Herbergverein, dessen Vorsitzender der bekannte Pastor Bodelschwingh in Bethel bei Bielefeld ist, betreffs Veranstaltung einer Kirchenkollekte zum Besten der „Herbergen zur Heimat“ an die preussische Generalsynode in Berlin richtete, entnehmen wir folgende beachtenswerte Zahlen: In Deutschland bestehen zurzeit 462 Herbergen zur Heimat mit rund 19 500 Betten. Etwa 4 1/2 Millionen — genau 4 498 815 — Übernachtungen wurden im vorigen Jahre in genannten Herbergen gezählt, davon entfallen auf die 230 preussischen Herbergen 2 079 223. „Selbstzahlende“ Durchreisende wurden gezählt 1 407 663, Unbemittelte, sogenannte Wespferlegungsstationsgäste 350 475. Am Orte in Arbeit stehende Kostgänger waren vorhanden 321 085. In feste Arbeitsstellen wurden untergebracht 109 306 bzw. 50 797 Gäste.

* Die Grimmitzshauer Textilwarenfabrikanten haben sich mit einem Flugblatt an die Ausständigen gewandt und ihnen darin nahegelegt, sich zum Antritt der Arbeit bei ihren früheren Arbeitgebern zu melden. Den Fahnenflüchtigen wird versprochen, daß ihre Namen geheim gehalten und ihnen der weitestgehende Schutz der Arbeitgeber und Behörden gewährt wird. Arbeiterversammlungen beschloßen aber, es weit von sich zu weisen, jene, den Arbeitern von den Fabrikanten zugebacht, alles moralische Empfinden tief verletzende Rolle der Verräterei zu übernehmen. So soll denn auch von dem schlechtest erwünschten Zustrom der Arbeiter in die nunmehr geöffneten Fabriken nichts zu merken sein.

* Streit und Aussperrung der Bauhandwerker in Kassel wurden nach siebenmonatiger Dauer beendet. Wie man sich entsinnen wird, hatte die Aussperrung ihre Ursache in einem Streit der Tischler. Diese suchten ihren Kampf gegen das Unternehmertum mit äußerster Hartnäckigkeit durch und standen vor dem Siege. Da traten die Unternehmer der Baubranche an die Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Dachbeder usw. heran und forderten sie auf, die Tischler zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, widrigenfalls sie die gesamte Arbeiterschaft des Baugewerbes aussperrten würden. Die Bauarbeiter erklärten, daß es nicht in ihrer Macht stünde, die Tischler zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, daß sie aber auch gar keine Veranlassung dazu fühlten, sich in die Angelegenheiten eines anderen Berufs zu mischen. Darauf erfolgte die Aussperrung der gesamten im Baugewerbe tätigen Arbeiter Kassels. Der Friede kam jetzt unter folgenden Bedingungen zustande: Die Tischler erhalten für die Zukunft pro Stunde 4 Pf. mehr, sowie 10 Prozent Affordauschlag, und zwar von jetzt ab. Die Maurer vom 1. Juli 1904 ab pro Stunde 50 Pf. Die Bauarbeiter vom 1. Juli 1904 ab pro Stunde 35 Pf. Die Steineuträger 40 Pf. Für Affordarbeit 10 Prozent Aufschlag. Die Zimmerer vom 1. Juli 1904 ab pro Stunde 50 Pf. Die Dachbeder erhalten vom 1. April 1904 ab 3 Pf. pro Stunde mehr und vom 1. April 1905 ab weitere 2 Pf. mehr. Der Kampf hat die Gehilfenschaft 258 000 Mk. gekostet.

* Sterblichkeitsstatistik. Wie auf dem internationalen statistischen Kongreß kürzlich der Berliner Privatdozent Dr. Karl Ballod mitteilte, starben im Jahre 1899 unter 1000 Personen in Deutschland 21,80, in den deutschen Großstädten 19,84, also etwas weniger. Am günstigsten ist die Sterblichkeitsziffer auf dem platten Lande, was wohl auf die gesündere Luft zurückzuführen ist; bereits ungünstiger ist sie in den Kleinstädten. Sodann kommen die Großstädte an die Reihe, während die Bevölkerung der Mittelstädte am allerungünstigsten daran ist. Die Mittelstädte haben die Nachteile der Großstädte, also vor allem den Fabrikdunst, ohne die Vorteile der Riesenkommunen zu genießen, wie die Kanalisation, gutes Trinkwasser,

verbessertes Straßenpflaster, Zuschüttung der mit fauligem Wasser angefüllten Stadtgräben usw. Überall aber sieht der Arbeiter am schnellsten dahin.

* Der ungetreue Berliner Lokalbeamte des Tapeziererverbandes ist wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern mit vier Monaten Gefängnis bestraft worden. Ein Monat wurde auf die Untersuchungshaft angerechnet.

* Einen Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit in Staatsbetrieben hat die bayerische sozialdemokratische Landtagsfraktion eingebracht, in dem es unter anderem heißt: „Die Kammer wolle beschließen: Vom 1. Oktober 1904 ab ist in allen Staatsbetrieben und auf Rechnung des Staates betriebenen Unternehmungen, soweit nicht bei besonderen der Gesundheit schädlichen Arbeitsarten eine wesentlich kürzere Arbeitszeit geboten erscheint, die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden festzusetzen. In Betrieben oder Unternehmungen des Staates, die jetzt schon eine kürzere Arbeitszeit eingeführt haben, bleibt es bis zur anderweitigen Regelung dabei. Ab 1. Oktober 1906 wird in allen Staatsbetrieben oder auf Rechnung des Staates betriebenen Unternehmungen die Arbeitszeit auf acht Stunden festgesetzt. An Samstagen und an Vorabenden gesetzlicher Feiertage ist die Arbeitszeit spätestens um 4 Uhr nachmittags, vor hohen Festtagen mittags 12 Uhr zu beendigen. Sonn- und Feiertagsarbeit, Nachtarbeit und Überstunden sind durch die Einstellung genügender Arbeitskräfte auf ein unvermeidliches Mindestmaß zu beschränken. Bei Überstunden ist ein Zuschlag von 25 Prozent, bei Sonn- und Feiertagsarbeit sowie Nachtarbeit ein Zuschlag von 50 Prozent zu gewähren. Als nächtliche Arbeitszeit gilt die Zeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Arbeitslöhne und Dienstbezüge sind so zu bemessen, daß das Einkommen zur Ernährung und Erhaltung einer Familie genügt. Der Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter hat mindestens 2,50 Mk. zu betragen. Der Mindestlohn in allen Staatsbetrieben und staatlichen Unternehmungen darf für keine Arbeiterkategorie niedriger sein als der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzte ortsübliche Taglohn. In Verufen oder Branchen, für die gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen bestehen, sind die Löhne mit diesen Gewerkschaften zu vereinbaren oder Tarifverträge abzuschließen. Druckaufträge des Staats dürfen nur an solche Druckereien vergeben werden, die ihre Arbeiter nach dem vom Deutschen Buchdruckerverbande mit den Prinzipalen vereinbarten Tarife entlohnen. Diese Vorschriften gelten auch für alle der Militärverwaltung unterstellten gewerblichen Unternehmungen. Privatunternehmer, die im Auftrag oder auf Rechnung des Staates Arbeiten irgend welcher Art übertragen erhalten, haben mindestens die gleichen Löhne zu zahlen und dieselben Arbeitsbedingungen zu gewähren, die für die Staatsbetriebe gelten. Insbesondere müssen von Privatunternehmern, die Arbeiten für den Staat ausführen, alle Arbeiterschutzvorschriften streng durchgeführt werden.“

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 4.
 „Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 3.

Notizkalender. Der Buchdruckerverband ist in diesem Jahre dem Beispiele einiger anderer Gewerkschaftsverbände gefolgt und hat für seine Mitglieder einen Buchdrucker-Kalender für das Jahr 1904 herausgegeben, bearbeitet von L. Mezger. Inhaltlich fauber und sehr reichhaltig ausgestattet, bietet er neben technischen, geschichtlichen und organisatorischen Beiträgen über das Buchdruckergerwerbe und den Verband eine Fülle wissenschaftlicher volkswirtschaftlicher usw. Daten, Notizen und Beiträge, außerdem das für jeden Kalender unentbehrliche Notizenblatt, Kalendarium usw. Fast will uns scheinen, daß unter dieser Fülle Materials das Büchlein als Taschenkalendar zu umfangreich und für den täglichen Handgebrauch zu schwer wurde, wo-

gegenüber zum Beispiel der Holzarbeiter-Kalender, der sich für dieses Jahr in gleicher Ausstattung präpariert wie in den Vorjahren, in Format und Stärke leichter und handlicher erscheint und in äußerer Ausstattung auch ansprechender. Immerhin wird der Buchdrucker-Kalender in Mitgliederkreisen sich ebenso Eingang verschaffen, wie ihn der Holzarbeiter-Kalender sich schon verschafft hat, dessen Auflage mit jedem Jahre steigt.

Wie alljährlich gibt auch diesmal die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstraße 69, den Arbeiter-Notiz-Kalender heraus. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Die Reichstagswahl von 1903 mit vergleichenden Zahlen der für die Sozialdemokratie im Jahre 1893 abgegebenen Stimmen. Porträts und Biographien der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Sitzungssaal des Reichstags (Illustration). Die Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten. — Wahlbeteiligung und Stimmzahl der Parteien usw. — Vom Schlachtfeld der Arbeit. — Einnahme- und Ausgabeabellen. — Die Mitglieder der freien Gewerkschaften. — Weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften. — Finanzielle Leistungen der Gewerkschaften. — Adressen der deutschen Gewerbeinspektoren, der Zentralverbände, Arbeitersekretariate. Preis 60 Pf., Porto 10 Pf.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag in Dresden ist soeben in der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe gelangt. Das Protokoll enthält die ganzen Debatten in ausführlichster Weise sowie den Bericht der Reichstagsfraktion. Ein Sprechregister sowie ein ausführliches Sachregister erleichtern das Nachschlagen der einzelnen Gegenstände der Verhandlungen. Der Preis für das 448 Seiten starke Protokoll ist 75 Pf., gebunden 1 Mk.

Die angekündigte Nechtfertigungsschrift Franz Mehrings ist nunmehr unter dem Titel „Meine Nechtfertigung. Ein nachträgliches Wort zum Dresdener Parteitag“ im Verlage der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft erschienen. Preis 25 Pf. Von der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen nun die Hefte 37 bis 41 vor, in denen die Fortsetzung der mit dem 1. Juli begonnenen spannenden Romane „Die Regulatoren in Arkansas“ von Fr. Gerstäcker und „Mammutcho“ von P. Loti enthalten sind. Die wöchentlich erscheinenden Hefte zu 10 Pf. bilden eine ebenso preiswerte wie gediegene Unterhaltungsschrift, deren Bestehen darauf gerichtet ist, die Schundromane aus den Arbeiterkreisen zu verdrängen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen. Abonnenten können noch jetzt treten und die seit dem 1. Juli erschienenen Hefte nachbeziehen.

Aus der Ferienkolonie. Mannschafthumoresken aus dem Soldatenleben von Runo Nibbezahl. Preis 60 Pf. Verlag von Rich. Lipsinski, Leipzig, Langestr. 27.

Briefkasten.

A. L. in S. Vor einigen Wochen erst das gleiche Thema behandelt.
 A. B. in B. Jetzt wendet euch nur mal an die dortige Postbehörde, von hier gehen die Zeitungsendungen regelmäßig zur bestimmten Zeit ab. Ich kann nach den wiederholten Beschwerden jetzt nichts weiter tun.
 Zurückgestellt: Bericht der Berliner Stuarbeiterversammlung.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
 Düsseldorf: G. Meyer, Lindenstraße 73 I, Anbau.
 Erlangen: G. Gäßlinger, Schulstraße 12.
 Gera: G. Bimberg, Altenburgerstraße 4 II.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Gera. Z. G. Bimberg, Altenburgerstraße 4 II; von 1—2 und 7—8 Uhr. Dl. 17 Mk. Az. 10—11 St. H.A. Gaffhaus „Zum Adler“, Hospitalstraße.
 Kiel. Z.A. J. Wilms, Mehlstraße 47 IV; von 7 bis 8 Uhr abends, Sonntags von 9—10 Uhr. L. U. Ml. 18 Mk. Az. 10 St.
 Stettin. Z. G. Grebenstein, Turnerstr. 33 d, Hpts. II; von 12—1 1/2 und 7 1/2—8 1/2 Uhr. Sonntags von 10 bis 12 Uhr. L. U. Ml. 16 Mk. Az. 10 St.
 H. „Gewerkschaftshaus“, Bismarckstraße 10.

Abrechnungen

vom 3. Quartal 1903 sind vom 21. bis 27. Oktober bei der Verbandskasse eingegangen: Von Nachen mit — Mk., Altenburg 50 Mk., Altona 142,35 Mk., Apolda 47,97 Mk., Barmen 50 Mk., Dresden 600 Mk., Erlangen 250 Mk., Frankfurt 80 Mk., Freiburg — Mk., Gera — Mk., Gotha — Mk., Kassel 35 Mk., Kiel — Mk., Konstanz — Mk., Lübeck — Mk., Magdeburg 268,21 Mk., Nürnberg 250 Mk., Offenbach — Mk., Schwerin 20 Mk., Solingen-Wald 100 Mk., Straßburg — Mk., Stuttgart 1400 Mk., Gau 2 64,54 Mk., Gau 3 200 Mk., Gau 10 90 Mk. und vom Gau 11 mit 78,84 Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Bant-Wilhelms-haven, Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, Eisenberg, Eßlingen, Finsterwalde, Glogau, Hamburg, Heilbronn, Karlsruhe, Lahr, Luckenwalde, Mainz, Pforzheim, Plauen, Posen, Saalfeld, Stettin, Wiesbaden, Gau 1, 3, 5, 6, 7, 9, 13 und 14.
E. Sauerjien.

Gau XVI.

Der unterzeichnete Gauvorstand beruft auf Sonntag den 1. November eine kombinierte Sitzung der Verwaltungs- und Lohnkommissionsmitglieder der Zahlstellen Erlangen, Nürnberg und Fürth ein. Beginn nachmittags 2 Uhr bei Siedl, Wasserstraße 13, in Fürth.

Mit kollegialem Gruß
Der Gauvorstand.
J. M.: R. Reckling.

Anzeigenteil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingetr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.
626] [2.90

Verwaltungsstelle Regensburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Herr Ludwig Aigner
am 21. Oktober in einem Alter von 44 Jahren verschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Magdeburg.
Sonntag den 31. Oktober, abends 9 Uhr, im Kassenlokal

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Eßlingerstraße)

General-Versammlung.

627] Tagesordnung: [2.40

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verlesen der Restanten.
3. Erledigung eventueller Anträge.
4. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Sonntag den 1. November beteiligt sich die Zahlstelle an der

Feier des 7. Stiftungsfestes

der Zahlstelle Eßlingen.

Abgang punkt 12 Uhr mittags vom Wilhelmsplatz. Fahrende benutzen den Zug 2 Uhr 19 Min. nachmittags. Wir hoffen, daß sich die Mitglieder zahlreich zu dieser Feier einfinden.

Der Vorstand.

Zahlstelle Esslingen.

Sonntag den 1. November feiert die Zahlstelle im oberen Saale des „Fürstensefelder Hof“ ihr

7. Stiftungs-Fest

unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins Vorwärts und des Zithervereins Eßlingen.

Hierzu werden die Kollegen, insbesondere auch die Stuttgarter freundlichst eingeladen.

Beginn 4 Uhr.

Um zahlreichem Besuch ersucht [1.50
628] Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag den 15. November

in L. Kellers Festsälen, Koppenstraße 29

Grosser Projektions-Vortrag

mit zirka 100 farbigen Lichtbildern.

Vortragender: Herr Dr. Köppen (früherer Direktor der „Urania“).

Vortragsthema: „Kunsthfahrten an den Ufern des Rheins.“

629]

Nach dem Vortrag:

[5.20

Tanz in beiden Sälen.

Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Billet 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — Anfang nachmittags 5 Uhr.

Billetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstübenvetrustenspersonen, sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben.

Die zum Vertrieb entnommenen Billetts sind bis spätestens Sonnabend den 14. November abzurechnen. Geschieht dies nicht, so gelten dieselben als verkauft.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Leipzig. Achtung!

Freitag den 6. November, abends 7 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im „Pantheon“.

630]

Tagesordnung: [1.60

1. Vortrag des Herrn Dr. Popitz: „Im Urwald Brasiliens.“
2. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Eine im Vorort Leipzigs gelegene ältere Papier- und Schreibwarenhandlung an verkehrsreicher Straße und großer Schule ist unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. 631] [1.00
Dff. erbeten Leipzig, Querstr. 9 I bei M. Schlotte.

Gehilfen

in allen Gegenden Deutschlands

gesucht!

O. Th. Winckler, Leipzig

Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder

Gute Belohnung

erhält diejenige Person, welche mich schriftlich unterrichtet, wie in Berliner Geschäften rationell

Hutfutter

gedruckt werden. 638] [1.00
Dff. unter „Hutfutter“ an die Exped. dieser Zeitung.

Empfehle mein neueröffnetes, gut ventiliertes

„Kaffee-Haus“

Oranienstr. 144, am Moritzplatz.

Kaffee 10 und 15 Pf.

Schultheiß-Versand und Märgen à Gl. 10 Pf.

I. Etage:

5 Billards (Verkau-Bande) à Stunde 40 u. 60 Pf.

Große Auswahl politischer Tageszeitungen u. Journale. 634] [2.00

Hochachtungsvoll

H. Schurlig.

Stuttgart.

Der Marmorierkursus

beginnt am Montag den 2. November, abends 7 Uhr im „Gewerkschaftshaus“.

Anmeldungen werden bei Herrn [2.00

Oskar Schröter, Hauffstraße 8 III

noch entgegengenommen.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

J. Hauptmann,
Marmorierlehrer.

635]

Pressvergolder

im Entwurf von Mustern, Abstimmung der Farben und modern. Titelfarb durchaus bewandert, findet hochbezahlte, dauernde Stellung. Respekt. wird nur auf I. Kraft.

636] [1.60 **E. A. Enders, Leipzig.**

Tüchtige Stuarbeiter

mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut, bei guter Bezahlung gesucht. [1.60

Val. Winkler,

Streifabrik, München.

637a]

Geübte Faberinnen

sucht

die Buchbinderei der Deutschen Verlagsanstalt, vorm. Gb. Hallberger, Stuttgart, Neckarstraße 121/23.

638a]

[1.60

Winkel, Lineale, Schienen,

Zirkel, Messer, Scheeren etc. empfiehlt

639]

[1.00

F. Clement, Leipzig.

Schmidts Restaurant u. Café zur Post Leipzig-Thonberg

640a]

Reichenhainerstraße 50. [1.20

Empfehle meinen werten Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur gefälligen Benutzung.

Küche und Keller vorzüglich.

Um gütigen Besuch bittet ergebenst euer Kollege

Wilhelm Schmidt.



L. Flühr, Stuttgart,

641] Rotebühstr. 14, [1.60

empfiehlt sein reichhaltiges

Lager federleichter, sowie

wetterfester Filzhüte, Hoch-

zeitschütze von 4 Mk. an.

Reichhaltige Auswahl in neuesten Moden.